

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICH'S FREIHEIT

Nr. 6

November/Dezember 1969

Preis S 3.-

Urteil gegen den Ungeist

WAFFENGLICHHEIT NICHT FÜR FEINDE DER DEMOKRATIE!

„Es ist ein Verbrechen, eines der fürchterlichsten Verbrechen der Geschichte in Frage zu stellen.“ Mit dieser Feststellung schloß Staatsanwalt Dr. Schmüger vor kurzem im Grauen Haus in Wien seine Anklage gegen das von dem österreichischen Alt-Nazi Erich Kern(mayer) und bei einem westdeutschen Gesinnungsfreund erschienene Buch „Von Versailles nach Nürnberg“. Das Gericht ging hier bemerkenswerterweise nicht auf einzelne mit Worten begangene Delikte los, sondern auf die oftgenannte „Tendenz“, also gegen den Geist eines Druckwerkes. „Bei diesem Buch handelt es sich nicht nur in seiner Gesamt Tendenz, sondern auch im Detail um Geschichtsfälschung“, sagte der Staatsanwalt und prangerte mit scharfen Worten die Verniedlichungs- und Entschuldigungsliteratur der alten und neuen Nazi an.

Es ist juristisch freilich eine nicht ganz unproblematische Sache, eine Tendenz zu verurteilen, deren Vorhandensein oft nur durch ein Lesen zwischen den Zeilen und Worten feststellbar ist. Nach der bisherigen Praxis halten sich die Richter lieber an objektiv feststellbare Delikte, bei denen es nicht dem subjektiven Gefühl überlassen ist, zu beurteilen, was damit gemeint ist.

Man muß sich jedoch ernstlich die Frage stellen, ob eine solche rein formaljuristische Behandlung entscheidender politischer Fragen heute noch ausreicht. Auch die publizistischen Verteidiger des NS-Regimes haben ihre Methoden verfeinert, sie verstehen es, das Gift in die öffentliche Meinung einzutrinkeln, ohne durch unbedachte Worte mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Ein typisches Beispiel dafür ist die „National-Zeitung“,

die selbst bei genauester Beobachtung auf formale Fehler fast immer ungeschoren davonkommt. Das ist der beste Beweis dafür, daß das juristische Instrumentarium zur Behandlung politischer Fragen unzureichend und mangelhaft geworden ist.

Man muß es heute einem politisch gereiften Menschen — und vor allem einem Richter — zubilligen, auch beurteilen und entscheiden zu können, wann nicht nur gegen den Buchstaben der demokratischen Rechtsordnung, sondern auch ge-

gen den Geist der Demokratie verstoßen wird. Das ist mit dem Urteil über das Buch Kern(mayer)s, des ehemaligen Gauspreisesamtleiters von Wien, geschehen, das wegen seiner NS-Propaganda für verfallen erklärt wurde.

Es ist an der Zeit, die Scheu vor einer politischen Denkungsweise der Richter und Geschworenen abzulegen. Gewiß, die Vergangenheit hat mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wohin eine politische Justiz führen kann. Ebenso wie wir aber

(Fortsetzung auf Seite 2)



Kleinere Kameraden bei Schussknigg: Von links: Kamerad Werhanig, Kam. Graß-Tschedel, Kurt Fuganigg, Anstaltler I. R. Schüller, Obsth. I. E. Ferdinand Fuganigg, Nationalrat a. D. Gottfried Wunder, Frau Martha Wunder, ÖVP-Partei sekretär Hubert Föschl, Frau Hermine Fuganigg, der Alt-Bundeskanzler, Obsth.-Arzt Dr. Wronnigg, Landesschallinspektor Hofrat Dr. Franz Arnsel, Frau Trude Arnold, Gend.-Obsth. I. E. Josef Kreuzberger, Kam. Oskar Zermann, Frau Katharina Zermann, Frau Schüller, Legal.

(Fortsetzung von Seite 1)

in der innenpolitischen Auseinandersetzung gelernt haben, die in der Existenz verschiedener politischer Anschauungen enthaltenen Konfliktmöglichkeiten zu bewältigen und zu beherrschen, ebenso kann man auch darauf bauen, daß in der Justiz ein bewußt politisches Denken nicht dazu verwendet wird, einen unliebsamen Gegner, Partner oder Konkurrenten mundtot zu machen, sondern daß es gerade hier ausschließlich um den Schutz der Demokratie und der demokratischen Staatsform geht. Und wenn die demokratische Gesellschaft dazu die stärkeren Waffen der Paragraphen gegen die bloß (un)geistigen Wirkungen gedruckter Leitern einsetzt, so ist das ihr legitimes Recht der Selbstverteidigung.

Den Feinden der Demokratie noch die Waffengleichheit in der Auseinandersetzung mit ihnen anzubieten, wäre wohl eine gründlich mißverständene Fairneß.

Abfuhr für NZ

VERFALLEN, WEIL SIE WIDERSTANDSKÄMPFER BESCHIMPFTEN

Die „Deutsche National-Zeitung“ vom 31. Mai 1963 wurde von einem Berufsgericht beim Landesgericht Wien (Voritz OLGRI Dr. Siegl) rechtskräftig für verfallen erklärt. Das Blatt hatte in dieser Ausgabe die Taten der österreichischen bewaffneten Widerstandsbewegung gegen die nationalsozialistische Terrorherrschaft als „Verbrechen“ und die Widerstandskämpfer als Mörder bezeichnet. Das Blatt beleidigte namentlich den Autor der Broschüre „Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz“ Max Muchitsch aus Leoben. Sie schrieb, daß darin „die Bandentätigkeit kommunistischer Terroristen verherrlicht“ werde.

Muchitsch stellte deshalb beim Straßbezirksgericht Wien den Antrag auf Verfall der betreffenden Ausgabe der „National-Zeitung“. (Eine Ehrenbeleidigungsklage konnte nicht eingebracht werden, da die Zeitung nicht in Österreich, sondern in Westdeutschland erscheint.) In erster Instanz sprach Presserichter LGR Dr. Weiss den Verfall aus und erklärte in der Urteilsbegründung, daß „der Tatbestand der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre... erfüllt“ ist. Der Richter stellte fest, daß das nationalsozialistische Regime ein Unrechtsregime gewesen sei, „gegen welches ein bewaffneter Widerstand nicht nur zulässig, sondern sogar moralisch geboten sei“.

Gegen dieses Urteil berief der Chef der „National-Zeitung“, Dr. Frey. Er bezeichnete in seiner Berufung die Taten der

Trend nach rechts?

DIE ERGEBNISSE DER LANDTAGSWAHLEN

Auf ganze 2053 Stimmen brachte es die rechtsradikale NDP bei den Landtagswahlen in Niederösterreich. Wenn das ein Test sein sollte, ob die NDP Chancen für die Nationalratswahlen habe, so ist er negativ ausgefallen. Es sind jedoch auch diese 2000 Stimmen noch bedauerlich und bedenklich genug. Sind sie zwar an sich unbedeutend, so können sie doch der Kristallisationspunkt sein, aus dem sich im Fall weiterreichender Strukturveränderungen in der österreichischen Wählerschaft ein innenpolitischer Faktor entwickeln kann, der nicht mehr als harmlos und unbedeutend zu bezeichnen wäre.

Die FPÖ, bei den Landtagswahlen 1964 mit 25.509 Stimmen vertreten, erreichte

diesmal 27.800 und damit einen geringfügigen Zuwachs, doch auch dieser reicht nicht für einen Mandatserfolg. Der Anteil der Freiheitlichen in Niederösterreich ist bei Nationalratswahlen geringer als bei den Landtagswahlen: 1966 kam die FPÖ nur auf 25.000 Stimmen.

Die ÖVP fiel in Niederösterreich von 440.800 auf 435.103 Stimmen zurück und verlor ein Mandat, behielt aber unangefochten ihre absolute Mehrheit. Die Zahl der SPÖ-Stimmen erhöhte sich von 365.600 auf 385.000, zum großen Teil dank der kommunistischen Stimmen, die von 20.700 auf 8400 zurückgingen. Ohne DFP fiel von 19.000 bei der letzten Nationalratswahl auf 5000 Stimmen zurück.

In Vorarlberg kandidierten die KPÖ und die DFP überhaupt nicht. Eine Liberale Partei kam auf 1700 Stimmen, die Freiheitlichen nahmen relativ stark von 20.000 auf 29.000 Stimmen zu und gewannen ein Mandat, die Sozialisten blieben mit 33.700 Stimmen praktisch stabil (plus 400 gegenüber 1964), ebenso die ÖVP mit 69.800 (plus 500 Stimmen gegenüber 1964), wobei die ÖVP ihre 20 Mandate behielt und die SPÖ eines verlor.

NPD-Parteitag verboten

Der vierte Bundesparteitag der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), der in Saarbrücken stattfinden sollte, ist vom saarländischen Innenminister Schurz verboten worden. In einer Presseerklärung des Innenministeriums wurde darauf verwiesen, „neue, zuverlässige Erkenntnisse“ sprächen dafür, daß die gegen den Parteitag angekündigten Demonstrationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie linksgerichteter Gruppen die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ so stören würden, daß sie nur mit „härtestem Polizeieinsatz“ aufrechterhalten werden könnten.

Das Verbot des Parteitages der NPD ist vom saarländischen Verwaltungsgericht bestätigt worden. Die NPD hatte gegen das Verbot Widerspruch eingelegt.

Die Alliierten haben auf Wunsch des westdeutschen Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz den für 25. Oktober in der Stadt geplanten Landesparteitag der neonazistischen NPD verboten. Sie begründeten ihre Entscheidung mit dem Hinweis von Schütz, daß es bei der NPD-Veranstaltung „erhebliche öffentliche Störungen“ geben könnte.

Widerstandskämpfer als „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, der „im Sinne der geltenden Rechtsordnung zu qualifizieren“ sei. Was für eine Rechtsordnung Herr Doktor Frey damit meint, gesteht er einem Satz später: „... jene Rechtsordnung, die zur Zeit der Partisanentätigkeit ebenso galt wie heute...“ Bei der Beurteilung der Taten der Widerstandsbewegung sollten also nationalsozialistische Maßstäbe angelegt werden!

„National-Zeitung“-Vertreter Dr. Broesigke versuchte vor Gericht die Taten der österreichischen bewaffneten Widerstandsbewegung neuerlich als „Verbrechen“ zu diffamieren. Er verglich die Kämpfer gegen den Nationalsozialismus mit einer Räuberbande, „die das, was sie tut, nicht als Verbrechen empfindet“.

Dr. Kurt Wagner, der Vertreter von Max Muchitsch, bezeichnete in seinen Ausführungen die „National-Zeitung“ als Organ, das „Woche für Woche gegen alles, was gegen die Nazis ist, geißelt und Widerstandskämpfer ständig beleidigt“. Entschieden wies er die Behauptung der Gegenseite zurück, Muchitsch sei „für eine kommunistische Diktatur“ eingetreten.

OLGR Dr. Siegl begründete die Bestätigung des Urteils mit den Argumenten des Erstrichters und beschneigte Muchitsch ausdrücklich, daß sich dieser „für ein unabhängiges, demokratisches Österreich eingesetzt“ hat.

Schwarz-blaue Koalition

Wir haben uns in den letzten Jahren schon daran gewöhnt, die politische Entwicklung in unserem Vaterland ohne Resentiments zu beobachten. Schon bei der Lösung des Regierungsproblems in Oberösterreich nach den letzten Landtagswahlen hatte die ÖVP-Kameradschaft davor gewarnt, mit der verschwindenden Minderheit der FPÖ — nur aus dem Posten des Landeshauptmannes besetzen zu können — eine Koalition einzugehen und ihr eine Reihe von Positionen zuzusagen, die sie auf Grund ihrer Wählerstimmen nie bekommen hätte.

Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß in Deutschland eine Partei, die zwei Drittel ihrer Mandate verloren hat, in eine Regierungskoalition kam und nicht weniger als vier Ministerposten besetzte. Gerade dieser Umstand war auch ein Teil der Diskussion am letzten Bundespartei-tag; mit Recht wurde festgestellt, daß dem Wunsche der Wähler nicht Rechnung getragen wurde.

Es muß also befremden, wenn fast zur selben Zeit in der Vorarlberger Arbeiterkammer ebenfalls eine Koalition zwischen ÖAAB und FPÖ eingegangen wurde, wobei auch hier der FPÖ weit mehr an Rechten zugesprochen wurde, als ihr tatsächlich zustehen. Der Generalsekretär der Partei, Vizekanzler Dr. Wühlmann, warnte am Bundespartei-tag in seiner Rede vor dem Zünglein an der Waage. Soll diese Warnung war für die Nationalratswahl gelten? Wir müssen befürchten, wenn das Beispiel Oberösterreich, Salzburg und nun auch Vorarlberg Schule macht, daß man auch in der Nacht vom 1. auf den 2. März 1970 ähnliche Überlegungen anstellt und die FPÖ regierungsfähig macht.

Wenn auch Herr Bundesparteiobmann Peter von der FPÖ in einer Fernsehdebatte sagte, sein Ziel sei nur eine Fraktion mit 12 Mandatenträgern im Parlament, dann stand sicher dahinter auch die Absicht, mit diesen 12 Mandaten einer großen Partei, gleichgültig ob schwarz oder rot, die Regierungsform für die Jahre 1970—1974 aufzuzwingen.

Wir, die wir die Ereignisse vor 1938 noch lebhaft in Erinnerung haben, trauen dem Herren von der FPÖ nicht und fürchten, daß — so klein ihre Partei auch sein mag — sie stören die Politik von Österreich bestimmen könnten.

Gerade auch die Behauptung des Herrn Peter in der gleichen Fernsehdebatte, die FPÖ sei nicht deutschlandslöslich im politischen Sinne, aber sie bekenne sich zur geistigen Einheit des Deutschlands, läßt uns aufhorchen. Wenn wir es auch bei den Herren von der FPÖ nicht mit Natio-

Besuch bei Schuschnigg

KÄRNTNER DELEGATION IN NORD- UND SÜDTIROL

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Vorfolgten, Landesverband Kärnten, unternahm eine dreitägige Reise nach Nord- und Südtirol, die vor allem dem Besuch des früheren österreichischen Bundeskanzlers Dr. Kurt v. Schuschnigg galt, der als emeritierter Universitätsprofessor in Innsbruck seinen Lebensabend verbringt.

Altbundeskanzler Dr. Schuschnigg empfing zunächst in seinem Heim in Müllers eine Abordnung der Kameradschaft, wobei Krim-Oblast i. R. Ferdinand Puggenitz herzliche Worte der Begrüßung sprach. Altnationalrat Wunder, der die Reise leitete, führte in seiner Rede aus, daß es Dr. Schuschnigg gemeinsam mit seinem Kanzler-Vorgänger Dr. Dollfuß gewesen sei, der in sturmbelegter Zeit vor 1938 im österreichischen Volke maßgeblich den österreichischen Patriotismus, den Widerstandswillen gegen den Nationalsozialismus und die Liebe zu unserem Vaterlande geweckt hat. Als dann im Schicksalsjahr 1938 unser Land gewaltsam an das Deutsche Reich angeschlossen und von der Landkarte ausgelöscht wurde, mußte Dr. Schuschnigg als „Häftling Dr. Amster“ 7 bittere Jahre in den Konzentrationslagern Dachau, Oranienburg und Sachsenhausen verbringen und teilte so das Schicksal aller aufrechten Österreicher, die sich zur rotweißroten Fahne bekannten. Österreich wurde 1945 wieder frei und heute ist der Anschlußgedanke tot. Die Liebe und der aufopfernde Einsatz Dr. Schuschniggs und aller treuen Österreicher für die Freiheit und Unabhängigkeit dieses Landes haben sich gelohnt. Dir Wunder überreichte sodann dem Altbundeskanzler zur Erinnerung an

diesen Besuch ein schönes Bildwerk über Österreich.

Altnationalrat ÖR Hermann Gruber, ehemals langjähriger ÖVP-Landesparteiobmann Kärnten, sagte in seiner Ansprache, es soll im heutigen demokratischen Österreich, das sich nach 1945 wirtschaftlich, sozial und geistig emporgearbeitet hat und vielen Staaten durch seine Auftragsleistungen ein Vorbild ist, nicht vergessen werden, daß es einmal auch anders war, als es dunkel in Österreich wurde. Demals am 11. März 1938 begann die Nacht über Österreich, als Doktor Schuschnigg, von Hitler zum Rücktritt gezwungen, über den Äther die historisch gewordenen Worte sprach: „Wir weichen nur der Gewalt. Gott schütze Österreich!“ Gott hat Österreich geschützt und nach sieben Jahren zu neuem Leben erweckt und dieses Land wieder frei und unabhängig gemacht.

Altbundeskanzler Doktor Schuschnigg dankte für den Besuch, die anerkennenden Worte und das Buchgeschenk.

Am Abend des zweiten Tages gab es eine kameradschaftliche Begegnung mit Vertretern der Tiroler ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten unter Führung ihres Obmanns Gewerkschaftssekretär Kammerat Fritz Seisstock. Am Sonntag begab sich die Delegation auf den Bergisel, um des großen Tiroler Freiheitskämpfers Andreas Hofer zu gedenken.

Diese Besuchsreise hat neuerlich gezeigt, erklärte zum Abschied Altparteiobmann ÖR Gruber, daß treue österreichische Gesinnung gerade in den Kameradschaften der politisch Verfolgten gepflegt wird und Kontakte zwischen Gleichgesinnten in den anderen Bundesländern bestehen. Es ist eine der Aufgaben der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, echtes Österreichertum vorzuleben und der Jugend weiter zu vermitteln, damit auch sie sich erinnert, daß österreichische Patrioten einst Widerstand gegen Unfreiheit und Tyrannei geleistet haben.

DOKUMENTATION

Für eine wissenschaftliche Dokumentation über den Anteil von Österreichern am griechischen Widerstandskampf werden Aussagen und Materialien benötigt. Auskünfte erbitten an: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 1010 Wien, Wipplingerstraße 4—8, Telefon 63 07 31/332.

nalsozialisten zu tun haben, so glauben wir doch, daß sie morgen bereit sein könnten, uns wieder an Deutschland zu verkaufen, und davor kann nicht eindringlich genug gewarnt werden.

Nochmals sei es gesagt: So sehr wir Verständnis für parteipolitische und tagepolitische Realitäten haben, so wenig Verständnis haben wir dafür, daß man von seinen Grundsätzen abgeht. Man wird sich daher bei der Regierungsbildung nach der Nationalratswahl sehr erst überlegen müssen, ob man in Österreich den Weg der deutschen SPD gehen will, oder aber seinen politischen Grundsätzen treu bleibt.

FRANZ KITTEL

Das Tagebuch aus dem Achterhuis

BESUCH BEIM ANNE-FRANK-HAUS IN AMSTERDAM

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs führte zum Gedenken an Anne Frank, deren Verhaftung sich zum 23. Mal jährte, und im Gedenken an alle „Untergetauchten“ der Zeit ohne Gnade, im September eine Reise nach Holland durch, an der auch eine starke Delegation der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten teilnahm.

Die Reise brachte allen eine Fülle von Eindrücken und Eindrücken, die wohl von niemandem vergessen werden. Die Reiseteilnehmer nahmen u. a. im Hotel Krassnopolky in Amsterdam an einem Freundschaftsabend mit holländischen Widerstandskämpfern und den Betreuern der „Untergetauchten“ teil, bei dem sie vom Bürgermeister von Amsterdam begrüßt wurden. Bei dem Freundschaftsabend sprach namens der österreichischen Widerstandskämpfer und Opfer Frau Nat.-Rat a. D. Rosa Jochmann, die in ihrer Rede insbesondere darauf verwies, daß es gerade an den Widerstandskämpfern, den ehemaligen Häftlingen und Hinterbliebenen gelegen sei, immer wieder die Welt zu mahnen und sie niemals vergessen zu lassen, was damals geschah.

Am folgenden Tag wurde eine in Gegenwart aller Fahrtteilnehmer im Ehrenfriedhof der Widerstandskämpfer Hollands in Bloemendaal bei Haarlem Kränze niedergelegt. Namens der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände hielt Lähg a. D. Dr. Sowizinski eine Gedenkrede und stellte fest, daß die Widerstandskämpfer Österreichs und die politisch Verfolgten trotz politischer und weltanschaulicher Gegensätze einig im Kampf gegen jede NS-Bogung und einzig in der Arbeit für die Unabhängigkeit, Souveränität und Demokratie Österreichs sind.

Den Höhepunkt der Reise bildete der Besuch des „Achterhuis“ (Hinterhaus) in der Prinzengracht in Amsterdam, das der Familie Frank bis zum 4. 8. 1944 als Versteck vor der Verfolgung gedient hatte und in dem das nunmehr weltberühmte „Tagebuch der Anne Frank“ entstand, von dem Prof. Jan Romein schrieb:

„Für mich ist in diesem scheinbar so unbedeutenden Tagebuch eines Kindes, in diesem von einer Kinderstimme gestammelten „De profundis“ die ganze Scheußlichkeit des Faschismus verkörpert.“

Es wird wohl kaum jemanden geben, der nicht erschüttert das Hinterhaus in der Prinzengracht verlassen und ergriffen des Mädchens gedacht hätte, das in sei-

nem Versteck — in dem es mehr als zwei Jahre verbrachte, um dann dennoch verschleppt zu werden — seinem Tagebuch anvertraute:

„Es ist ein Wunder, daß ich all meine Hoffnungen noch nicht aufgegeben habe, denn sie erscheinen absurd und unerfüllbar. Doch ich halte daran fest, trotz allem, weil ich noch stets an das Gute im Menschen glaube. Es ist mir nun einmal nicht möglich, alles auf der Basis von Tod, Elend und Verwirrung aufzubauen. Ich sehe, wie die Welt langsam mehr und mehr in eine Wüste verwandelt wird, ich höre immer stärker den anrollenden Donner, der auch uns töten wird, ich fühle das Leid von Millionen Menschen mit, und doch, wenn ich nach dem Himmel sehe, denke ich, daß alles sich wieder zum Guten wenden wird, daß auch diese Härte ein Ende haben muß und wieder Friede

Diese Nummer erscheint in verstärkter Umfang als Doppelnnummer für November/Dezember. Da wir unsere Leser vor den Weihnachtsfeiertagen nicht mehr mit einer weiteren Folge unseres Blattes erreichen, wünschen wir allen Kameraden und Freunden, allen Lesern und Insassen unseres Blattes schon jetzt ein gesegnetes Weihnachtsfest und Glück, Gesundheit und Zufriedenheit im neuen Jahr.

Die Bundesleitung

und Ruhe die Weltordnung beherrschen werden ...

Wenn nur der Teufelskreis weichen und den Weg für uns freigeben wollte.“

Das Achterhuis wird heute von der Anne-Frank-Stiftung instand gehalten, die sich vor allem zwei Aufgaben gestellt hat:

Die Erhaltung des Hauses, das der Familie Frank als Zufluchtsort gedient hatte, um damit allen, die das Haus besuchen, bewußt zu machen, wohn Verfolgung, Diskriminierung und Haß gegenüber Menschen anderen Glaubens und anderer Rasse führen.

Im Geiste von Anne Franks Tagebuch sollen aber auch die Menschen aufgefordert werden, sich ihrer Verantwortung dem Nächsten gegenüber bewußt zu wer-

den. Vor allem wendet sich die Stiftung an die Jugend vieler Länder, und durch Vorlesungen, Diskussionen und Konferenzen gibt sie der Jugend Gelegenheit zum besseren Kennenlernen und zur Überwindung der Gegensätze.

Einem Bericht der Anne-Frank-Stiftung entnehmen wir folgende Feststellungen: „Wir erkennen die allgemeine menschliche Bedeutung des Tagebuches, in dem alle Abscheulichkeit des Nationalsozialismus verklepert ist und das den Aufruf enthält, für Gewissensfreiheit und Demokratie zu kämpfen. Das Tagebuch ist das document humain“ der Anne-Frank-Stiftung, die sich als Aufgabe stellt, das Achterhuis in seinem ursprünglichen Zustand zu erhalten — als ein Symbol der Vergangenheit und als Warnung vor der Zukunft.“

In dem Maße, in dem die Zeit verstreicht und die Schrecken des Zweiten Weltkrieges in eine immer fernere Vergangenheit versinken, wird — so denken viele — die Besucherzahl des Achterhuis abnehmen. Sie wird jedoch nicht geringer, sie nimmt im Gegenteil sogar jährlich zu: 1961 18.000 Besucher, 1962: 31.000, 1963 52.000, 1964 61.000, 1965 70.000, 1966 90.000. Die Besucherzahl des Achterhuis 1967 waren es bereits 109.000 Besucher.

Das Tagebuch der Anne Frank, das im Achterhuis geschrieben wurde, ist allmählich ein klassisches Buch unseres Jahrhunderts geworden. 1964 wurden vom Buch, das jetzt in alle Kultursprachen — auch ins Arabische — übersetzt ist, insgesamt rund 3 Millionen Exemplare abgesetzt. Es gehört zu den wenigen Büchern, die auf der ganzen Welt gelesen werden.“

Wir, die wir die Verfolgung und Unterdrückung am eigenen Leib verspürt haben, wollen hoffen, daß das Tagebuch der Anne Frank, das sie uns als Erbe hinterließ, auch weiterhin immer wieder gelesen und für immer eine Mahnung bleiben wird. Wie schrieb doch Anne Frank in ihrem Gefängnis?

„Wenn man an seine Nächsten denkt, müßte man weinen. Eigentlich müßte man den ganzen Tag weinen. So bleibt nur das Gebet und die Bitte zu Gott, daß er ein Wunder geschehen lasse und einige von ihnen am Leben erhalte. Und ich bete aus tiefstem Herzen.“

Das Wunder ist geschehen, an uns und unseren Kindern wird es liegen, daß die Mahnung an die Welt, Frieden, Freiheit und Menschlichkeit zu hüten und zu wahren, niemals verstummt!



Unsere Bilder von oben nach unten: Bundesobmannstellvertreter Helmut Dr. Meier und Kamerad Priusking, Mitglied des Wiener Landesverbandes, bei der Kranzniederlegung im Ehrenfriedhof von Bloemendaal bei Haarlem. — Der Ehrenfriedhof von Bloemendaal bei Haarlem. — Der lange Zug der Besucher auf dem Weg zur Kranzniederlegung im Ehrenfriedhof Bloemendaal in den Dünen bei Haarlem. — Bild links oben: Vor dem Anne-Frank-Haus in Amsterdam: Immer mehr Besucher kommen.

Die Maske der NPD

STUTTGARTER WAHLKONGRESS — BRAUNE PFERDEFÜSSE

Zwei Wochen nach dem Verzicht der Bundesregierung auf ein Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) hat die rechtsradikale Partei Adolf von Thadden in Stuttgart ihren Wahlkongress abgehalten, auf dem das Programm der Partei zur Bundestagswahl verabschiedet wurde.

Bis zum Beginn des Kongresses war es keineswegs sicher, ob er überhaupt abgehalten werden könnte. Als Tagungsort war ursprünglich Bonn vorgesehen; nachdem sich aber die Verwaltung der Bundeshausstadt dagegen sperrte, die Beethoven-Halle den Rechtsradikalen zu vermieten, wich man nach Stuttgart aus. Auch hier setzte man sich gegen den ungeliebten Gast zur Wehr, bis ein Gerichtsbeschluss den Mietvertrag mit der Ausstellungshalle auf dem Killesberg für rechtmäßig erklärte, wofür mit Hilfe eines Gerichtsvollziehers und eines Schlossers die Türen der versperrten Tagungshalle gewaltsam aufgebrochen werden konnten. Die Halle wurde daraufhin sofort in eine kleine Festung verwandelt; denn schon vor unter Ho-Chi-Minh-Rufen die außerparlamentarische Opposition im Anzug, allerdings nur in Stärke einer Miniaturliberalen, die gegen den Sturm der Ordnungskräfte im Inneren des Igels von Anfang an keine Chance hatte. Abgesehen davon, daß der Kongress eine Stunde später als vorgesehen eröffnet wurde, konnte der Ablauf der Tagung in keiner Weise beeinflusst werden.

Es flogen noch einige Eier, die Delegierten, die es nicht vorgezogen hatten, durch eine Hintertür in die Halle zu kommen, wurden mit dem Rufe „Nazischweine“ begrüßt, die Polizei formierte einen Kordon, und das war alles. Adolf von Thadden, die 890 Delegierten und Gäste sowie die Hundertschaften der aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengezogenen Ordner konnten aufstehen.

Die NPD zieht unter der Parole Sicherheit durch Recht und Ordnung in den Wahlkampf, ein Slogan, den selbst ihre Verfasser nicht als originell bezeichnen werden. Aber hinter diesen Schlagworten verbirgt sich ein bewährtes politisches Vorgehen. Die Partei will sich als ein Ordnungsfaktor in einer Zeit der Auflösung von Recht und Ordnung präsentieren, als eine demokratisch-parlamentarische Oppositionspartei, die sich eindeutig von der außerparlamentarischen

Opposition und ihren Zielen abhebt. So drohten dann zwei Tage lang die Parolen Ordnung, Gesetz, Rechtsgleichheit, Würde, Demokratie, Sittlichkeit, Familie, Nation wie eine Warmwasserberieselung vom Podium herab auf die Delegierten, und wenn ein brauner Pferdefuß zum Vorschein kam, wie etwa die Forderung nach vermehrtem völkischem Denken, wurde sofort der Mantel der Verschleierrung darüber gezogen. Während man die Monotonie rechts und links lächerlich macht, gibt man sich bieder, gesetztreu, vaterländisch, gemäßig und fortschrittlich — eine Fassade, die allerdings so pufft zusammenbricht, wie auf einen Pfiff das Rudel der gut instruierten Sanktordner in eine vermeintlich bedrohte Ecke der Halle stürzt.

Torturen jeder Art

MISSHANDLUNGEN IN SPANISCHEN GEFÄNGNISSEN

Neues eindeutiges Beweismaterial für die Anwendung von Torturen in spanischen Gefängnissen und Polizeistellen, in denen Hunderte von politischen und Gewerkschaftsaktivisten brutalen und entwürdigenden Mißhandlungen durch die „Guardia Civil“ und die Polizei ausgesetzt sind, liegt jetzt dem Internationalen Band Freier Gewerkschaften vor. Daß solche Brutaltaten in der Vergangenheit von Francos Regime geduldet und womöglich gefördert wurden, ist bekannt. Neu an der Situation ist jedoch, daß die spanischen Behörden — um Anerkennung durch die Völkergemeinschaft bemüht — im März dieses Jahres öffentlich gegenüber einer Studiengruppe der Internationalen Arbeitsorganisation erklärt haben, die Mißhandlung von Häftlingen stehe durchaus in Widerspruch zur offiziellen Politik und unter schweren Strafdrohungen: für konkrete Nachweise solcher Mißhandlungen sei man dankbar.

An Beweisen fehlt es leider durchaus nicht. Im September sind dem IBFG namentlich gezeichnete Berichte von Arbeitern und Studenten aus dem Basurri-Gefängnis in der Provinz Biskaya zugegangen mit Angaben über die Verhaftung, erlittene Mißhandlungen und Namen einzelner Polizeibeamter, die sich in dieser Weise betätigt hatten. Da ist die Rede

Das taktische Vorgehen der NPD im Wahlkampf ist offenbar zweigleisig. Auf der einen Seite wird, in Anlehnung an eine inzwischen abgeworfene Konzeption de Gaulles, das Chaos an die Wand gemalt. „Unser Staat ist in Gefahr“, so lautet der erste Satz des Wahlauftrages, mit dem die Partei an die Öffentlichkeit treten will. Und in diesem Tonart geht es weiter: Auflösung von Recht und Ordnung, kommunistische Verschwörung, Umsturzgefahr, Pornographie in Film und Fernsehen, wachsende Kriminalität — das sind die Farben, in denen der drohende Untergang Deutschlands an die Wand gemalt wird. Einzig die NPD steht aufrecht in dieser Zeit des Niedergangs, und sie ist bereit, alle Wohlmeinenden und Aufrichtigen um sich zu scharen.

Zu diesem Ziel werden im Wahlprogramm alle glänzenden Reformvorschläge und Versprechungen angehängt, mit de-

(Fortsetzung auf Seite 7)

von Schlägen über den ganzen Körper, einschließlich der Geschlechtsorgane, von der Bastonade, der Wasserartur, von Spießrutenläufen, Todesandrohungen, unaufrichtigen Verhören bei Tag und Nacht, Einzelhaft in Zellen ohne Lager oder Decken; auch wurden die Gefangenen gezwungen, die Mißhandlungen anderer mit anzusehen. Zu diesen Vorfällen kam es während des Besuchs der IAO-Mission in Spanien und auch noch danach; den betroffenen Häftlingen wurde zum Teil später der Prozeß gemacht, zum Teil warten sie heute noch im Gefängnis auf die Eröffnung eines Verfahrens.

Am 20. September wandte sich der Generalsekretär des IBFG, Harm G. Buitter, in offiziellen Schreiben an den spanischen Justizminister Antonio Maria de Oriol und an den spanischen Generalstaatsanwalt und verlangte die unverzügliche Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, die Bestrafung der Schuldigen und die Wahrung der Menschenrechte der Häftlinge. Der Justizminister hat zwar den Eingang des Schreibens umgehend bestätigt, bisher hat aber weder der IBFG noch die IAO von spanischen Amtsstellen gehört, daß irgendwelche Maßnahmen zur Abstellung des Unrechts oder zum Schutz der Gefangenen getroffen worden sind.

(Fortsetzung von Seite 6)

nen man Wahlstimmen zu ködern erhofft. Thadden gibt es in seiner Rede offen zu, daß es ihm gar nicht darum geht, auf diesem Kongreß ein Parteiprogramm zu entwickeln, sondern in Stuttgart soll nach angelsächsischem Vorbild eine „Wahlplattform“ präsentiert werden. Da der Chef der NPD aber nicht zu fürchten braucht, nach den Wahlen Verantwortung übernehmen zu müssen, entpuppt sich die Wahlplattform — die gemäß sozialdemokratischen Vorbildern „das Stuttgarter Programm“ genannt wird — als ein Sammelausmaß populärer Plattitüden, gängiger Forderungen und nationalistischer Parolen. So soll der Staat reformiert und das Besetzungsrecht abgeschafft, die innere Ordnung und der Rechtsfrieden wiederhergestellt werden, dann soll die Kaufkraft erhalten und die Straßengerechtigkeit sowie ein wenig Autarkie eingeführt werden. Die deutsche Landwirtschaft verdient besonderen Schutz — aktive Preispolitik hat Vorrang vor strukturellen Maßnahmen —, die ehemaligen Nazis müssen rehabilitiert und für ihre Leiden entschädigt werden, die Bundeswehr muß national ausgerichtet, die deutsche Einheit wiederhergestellt und ein europäischer Staatenbund geschaffen werden. Alles in allem ein Programm, bei dessen Realisierung Adolf von Thadden und seine Männer kaum graue Haare befürchten müssen. (NZZ)

Linzer Schlägerei vor Gericht

Im Bezirksgericht Linz fand nun die erste Verhandlung im Prozeß gegen jene NDP-Ordner statt, die sich bei der NDP-Versammlung im Linzer Märzenkeller (wir berichteten darüber) als Prügelgarde betätigt haben sollen. Angeklagt war außerdem der Kommunist Ernst Heinrich, dem vorgeworfen wird, die Versammlung gestört zu haben, der an der Verhandlung wegen eines Kuraufenthaltes aber nicht teilnahm.

Die NDP-Ordner stellten die Sache so dar, als hätten sie ganz zufällig Holstöcke in die Hand bekommen, von diesen aber keinen Gebrauch gemacht. Den Reporter der „Oberösterreichischen Nachrichten“ habe man lediglich „vom Podium geschoben“. Reporter Schmied wußte jedoch anderes zu berichten. Man habe ihn „von der Bühne geprügelt“, er sei an den Haaren gerissen worden und man habe versucht, ihm mit Gewalt die Kamera abzunehmen, obwohl es sich verheer als Journalist ausgewiesen habe.

Die Verhandlung wurde zur Ladung weiterer Zeugen vertagt.

„Gnadentod“ für 12.000

MASSENMORD AN GEISTESKRANKEN IN SCHLOSS HARTHEIM

Im dritten Frankfurter Euthanasieprozeß um die „Aktion Gnadentod“ der Nazi gab der angeklagte Arzt Georg Renno zu, daß mindestens 10.000 bis 12.000 Menschen während des Krieges in der von ihm geleiteten Tötungsanstalt Schloß Hartheim bei Linz vergast worden seien.

Renno räumte ein, daß diese Zahlen nur auf einer Schätzung beruhen und wesentlich höher gewesen sein könnten. Der Arzt ist der Mittäterschaft beim Massenmord an Geisteskranken und an KZ-Häftlingen angeklagt. Mit ihm sitzen Hans-Joachim Becher und Friedrich Lercz wegen Beteiligung an den Massenmorden auf der Anklagebank.

Renno sagte, „nur die absolut geistig Toten“ seien vergast worden. Wer arbeitsfähig oder als Handlanger zu verwenden gewesen sei, sei von ihm „zurückgestellt“ worden... Gegen die Vergasung von KZ-Häftlingen habe er 1942 in einem Brief an die Berliner Zentrale protestiert. Sein gleichzeitig geäußelter Wunsch nach Vernetzung sei jedoch nicht berücksichtigt worden.

Schloß Hartheim war um die Jahrhundertwende von Fürst Camillo Starhemberg als „Asyl den armen Schwach- und Blödsinnigen, Idioten und Kretins“ gewidmet worden. Hitler blieb es vorbehalten, diese humanitäre Stiftung in das grauenhafte Gegenteil zu verwandeln. Das Schloß, eine von vier Anstalten, in denen das Vergasen von Menschen erprobt wurde, war somit ein Vorläufer und eine Vorstufe der Vernichtungslager in den KZ von Auschwitz, Treblinka und anderen.

Das Frankfurter Gericht — mit Richtern, Geschworenen, Staatsanwalt und Verteidigung — war vor kurzem nach langen diplomatischen Vorbereitungen zu einem Besuch nach Schloß Hartheim bei Linz gekommen, um hier einige Zeugen zu befragen und das Schloß zu besichtigen.

Kriegsverbrecherprozeß in Berlin

Wegen Beihilfe zum Mord an polnischen Intellektuellen „in mindestens 30 Fällen“ muß sich der 58 Jahre alte Schreinermeister Karl Strauss vor dem Schwurgericht in Westberlin verantworten. Laut Anklage gehörte Strauss während des Zweiten Weltkrieges einer sogenannten Selbstschutzgruppe Volkdeutscher in Polen an. Im Herbst 1939 soll sich der Angeklagte an der Erschießung von mindestens 80 Personen beteiligt haben.

Den Angeklagten fehlten allerdings ihre Einreise nach Österreich hätte hier ihre sofortige Verhaftung zur Folge gehabt.

Heute zeigt das prächtige Renaissance-schloß wieder ein friedliches Aussehen. 1944 mußten die grauenhaften Requisiten (Fortsetzung auf Seite 8)

Anmaßung

Nazi-Protokollanten gibt es heute nicht nur in den mitteleuropäischen „Stammsländern“ des Nazismus, sondern auch in den USA. So mußte sich eine im Staate Oregon erscheinende katholische deutschsprachige Zeitung, das St.-Josephs-Blatt, von einem sogenannten „Deutsch-Amerikanischen Nationalkongreß“ anpöbeln lassen, weil dieser Blatt den Roman „Rath“ des Österreichers Ernst Joseph Görlich veröffentlichte, in dessen Mittelpunkt das Schicksal einer aus dem KZ entkommenen Mädelin steht. Der Deutsch-Amerikanische Nationalkongreß — mit der sinnigen Abkürzung DANK — kam bei der Lektüre des St.-Josephs-Blattes zu der Erkenntnis, daß es sich hier, wie der DANK in einem Schreiben an die Redaktion feststellt, nicht um eine religiöse, sondern um eine „politische“ Zeitung handelt, die also offenbar ihre Kompetenzen überschreitet, wenn sie einen solchen Roman veröffentlicht, zumal diese Zeitung laut DANK „gegen die nationalen deutschen und deutsch-amerikanischen Interessen gerichtet“ ist und „in gleichen billigen Jargon wie amerikanische TV-Filme, Radiosendungen und Zeitungen berichtet“. DANK, der sich „den Kampf gegen die Deutschenhetze“ zum Ziel gesetzt hat, wird dann deutlicher: „Wir verfügen über eine Dokumentationszentrale, die in der Lage ist, Tatsachen nachzuprüfen. Wir bitten Sie daher, die Anschrift des Verfassers des Romanes RUTH...“ usw.

Von der Anmaßung abgesehen, daß die deutschen Interessen in den USA ausgerechnet von einer Organisation wie DANK vertreten werden sollen, sieht man wieder einmal, daß die neuen oder alten Nazi die Methoden der Einschüchterung und der offenen oder versteckten Drohungen noch nicht verlernt haben.

(Fortsetzung von Seite 7)

der Menschenvernichtung von den Häftlingen in aller Eile beiseite geschafft werden.

Anfang 1940 hätte auch Dr. Alfons Go-

Todesurteil revidiert

Die Umwandlung des Todesurteils gegen den jungen Basken Antonio Arrazabalaga in eine Gefängnisstrafe von 30 Jahren hat nach einer Konsultation mit seinem neuen Ministern der spanische Staatschef General Franco verfügt. Der junge Basko war zum Tode verurteilt

bach mit 300 Häftlingen aus Dachau zu „Experimentierzwecken“ nach Hartheim gebracht werden sollen. Wegen seiner schönen Handschrift behielt man ihn jedoch in der Dachauer Lagerkanzlei, was ihm das Leben rettete.

worden, weil er im April eine Bombe in ein Polmelauto geworfen hatte. Der Sprengkörper hatte nur Sachschaden angerichtet. Gegen das Todesurteil hatten u. a. der belgische Kardinal Suenens und eine Reihe katholischer Organisationen protestiert.

Wenige Tage vor dem Todesurteil gegen Antonio Arrazabalaga hatte das Militärgericht in Burgos sieben Basken — darunter vier Priester und eine Frau — zu Gefängnisstrafen zwischen sechs und zwölf Jahren verurteilt. Sie waren beschuldigt worden, den wegen eines angeblichen „politischen Mordes“ an einem Taxifahrer gesuchten baskischen Nationalisten Miguel Echevarria Iztueta bei seiner Flucht unterstützt zu haben. Dies wurde von dem Gericht als Beihilfe zum Mord und als Unterstützung der baskischen Separatistenbewegung „ETA“ gewertet. Die Verteidigung hatte demgegenüber darauf verwiesen, daß die Illegalen nicht der Mittäterschaft an einem Mord beschuldigt werden könnten, weil es sich nicht um einen Mord, sondern um einen tragischen Unglücksfall ohne politischen Hintergrund gehandelt habe. Es

sei bis heute nicht erwiesen, daß Echevarria überhaupt verantwortlich zu machen ist. Das Militärgericht machte sich jedoch die Argumentation der Anklage zu eigen, verurteilte die vier Priester und drei Laien zu Gefängnisstrafen und überdies zur Zahlung von 500.000 Peseten an die Hinterbliebenen des getöteten Taxifahrers.

Der Bischof von Santander und Apost. Administrator von Bilbao, Cirarda, hat unterdessen die Beschuldigung der Militärbehörden im Baskenland, Geistliche unterstützen die Tätigkeit der illegalen baskischen Separatistenbewegung, öffentlich zurückgewiesen.

UNSERE JUBILARE

Hofrat Pschorn ein Achtziger

Zu jenen Lehrern, die Herz und Gesinnung dem österreichischen Vaterland und dem Bekenntnis zur österreichischen Nation gewidmet haben, gehört Hofrat Dr. Hermann Pschorn, der am 29. Oktober 1949 sein 80. Lebensjahr erreichte.

Hofrat Dr. H. Pschorn ist als Direktor und als Vorgesetzter ein richtiger „pädagogos“, ein Führer der jungen Menschen, selbst jetzt, da er schon jahrelang im wohlverdienten Ruhestand zu finden ist. Aus egerländischer Familie stammend, ein engerer Landsmann des verstorbenen Wiener Kardinals Dr. Theodor Innitzer, verfügt Pschorn über jenen echten Sarkasmus und jenen erdröhnenden Humor, der oft über schwierige Situationen hinweghilft. Seine Lebensjahre als Lehrer führten ihn vom damals noch österreichischen Meran in Südtirol an die Realschule in der Weltergasse (Wien-Wieden), an das Technologische Gewerbemuseum (Wien IX) und schließlich als Direktor an die Realschule in Dornbirn (Vorarlberg). Seine ehemaligen Schüler denken all noch heute voll Freude und Ehrfurcht an ihn. Er hat ihnen im Leben mehr als bloß deutsche Stilistik und französische Vokabeln gelehrt. Darüber hinaus hat sich Hofrat Dr. Hermann Pschorn als aufrechter Österreicher bewährt: 1938 von den Nationalsozialisten gemäßigelt, wurde er nach 1945 einer der eifrigsten Mitarbeiter in einer Reihe österreichischer Blätter und begabter Anhänger und Verfechter der österreichischen Nation. Wir bezeugen seinen Ernüchterungen und seinen oft dem Aphorismen des geistreichen Lichtenberg gleichwertigen Aussprüchen, Gedichten und anderen Veröffentlichungen auch heute noch in vielen Hälften. Darüber hinaus besitzen wir wertvolle Studien über das österreichische Jesuitentheater des Barocks aus seiner Feder.

Im Untergrund

Ernst Fischer, promissener Vertreter der ersten kommunistischen Nachkriegsgeneration, mußte sich auf seine alten Tage in den politischen Untergrund begeben. Er, der nach dem 20. August 1968 den sowjetischen Einmarsch in die CSSR mutig als ein Verbrechen gebrandmarkt hatte, wurde nun wegen „politischer und ideologischer Meinungsverschiedenheiten“ aus der KPÖ ausgeschlossen. Ernst Fischer war der Meinung, daß die KPÖ, die ohnehin zur völligen Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit abgekommen ist, überhaupt nicht und was es ihre Stelle eine „Koalition von progressiven linken Kräften aus allen politischen Lagern“ setzen sollte. Die offizielle Linie der KPÖ dagegen lautet, daß eine selbständige kommunistische Partei notwendig sei, wenn man sich auch für den „Übergang“ mit einem Mehrparteiensystem abfinden müsse. Der grandiose Unterschied liegt offenbar darin, daß Ernst Fischer nicht mehr der Illusion nachhängt, der Kommunismus werde einst die volle Macht im Staat ergreifen, und die realistische Lösung in einer freien Koalition aller „Linkskräfte“ in einem demokratischen Staat steht, während die Beherrscher der Restbestände des kommunistischen Parteiapparats in Österreich diesen offenbar als eigene Reserve für bessere Tage aufbewahren wollen.

Der Ausschluß Fischers hat die Krise in der KP neuerlich verschärft. Rund 30 ZK-Mitglieder haben gegen den Schiedsgerichtsbeschuß auf Eliminierung Fischers protestiert, da das ZK im Mai beschlossen hatte, den Ausschluß Fischers anzuschließen. Mehr bedauerte selbst, daß das Schiedsgericht diesen ZK-Beschluß nicht beschät hat. Dieses Bedauern ändert aber nichts daran, daß die KP-Führung nicht mehr aus der Sackgasse herausfindet, in die der Kommunismus weltweit geraten ist.

Allerseelen in Wien

Montag, den 3. 11., fanden sich zahlreiche Kameradinnen und Kameraden in der Wiener Michaelerkirche ein, um bei einem Requiem unserer im Freiheitskampf für Österreich gefallenen Kameraden zu gedenken. U. a. hatten sich der Präsident des Nationalrates, Kam. Dr. Alfred Maletta, Alt-Präsident und Minister a. D. Kam. Dr. Felix Hurdes, Minister a. D. Dr. Heinrich Drimmel, Kam. Gen.-Sekr. Bundesrat Fritz Eckert, der Landesparteiobmann von Wien, Doktor Franz Bauer, der Wiener LandesparteiSekretär Dr. Matthias Glatz und zahlreiche Mandatäre der Wiener ÖVP eingefunden.

Nach dem Requiem begaben sich die Teilnehmer in die Marienkapelle, wo die Vorstandsmitglieder Kam. Komm.-Rat Franz Kittel und Dir. Ernst Janaschek unter den Klängen des Liedes vom „Guten Kameraden“ am Dachauer Kreuz einen Kranz niederlegten.

LESERBRIEFE

Anschlußgasse

In der ehemaligen Gemeinde Hadersdorf-Weidlingau im Wiener 14. Gemeindebezirk gibt es heute noch immer eine „Anschlußgasse“. Sie soll schon 1927 oder 1928 so benannt worden sein, um ein „Zeugnis dafür zu geben, wie sehr Österreich für den Anschluß ist“. Das mag der damaligen Gemeindevertretung sehr sinnvoll erschienen sein, wir fragen aber, warum die Gemeinde Wien es bis heute nicht der Mühe wert gefunden hat, diesen anrüchlichen Namen zu entfernen? In einem nach 1945 erschienenen Straßenverzeichnis steht angeblich, die Straße heiße so, „weil sie den Anschluß zur nächsten Gemeinde darstellt“. Der „Anschluß“, den die Gasse hat, ist aber — der Friedhof. Wir haben gehört, daß schon vor einigen Jahren Interpellanten im Rathaus erklärt wurde, man werde sich um den Straßennamen kümmern. Bis heute ist nichts geschehen! Wer verschleppt die Umbenennung?

OSR. Dr. E. J. G., Wien

Georg Schönerer — ein „Vater Israels“?

Der sehr deutschfreundliche schwedische Forschungsfreunde Sven Hedin hat 1917 auf Einladung des deutschen Kaisers das im Ersten Weltkrieg umkämpfte Palästina bereist, durchforscht und in seinem 1918 erschienenen Werk „Jerusalem“ beschrieben. Eines der wertvollsten Kapitel widmet Sven Hedin in diesem Buch dem Zionismus. Auf Seite 284 finden wir Stellen wie:

„Eine Hauptwurzel sind die Judenverfolgungen und überhaupt der Antisemitismus. Die besseren Elemente der Juden, die für ideale Zwecke kämpfen, wenden sich nach Palästina, wo der Kampf ums Dasein weit härter ist als in Amerika... Das führte zur Gründung der Alliance Israélite... Theodor Herzl (der bekanntlich ebenso in Wien lebte wie kürzere Zeit auch Hitler, Lenin, Stalin, ja Mussolini!) berief 1897 einen Kongreß nach Basel, der die Erbringung einer politisch und rechtlich geschützten Heimat der Juden in Palästina als Ziel des modernen Zionismus aufstellte... In Westeuropa gewinnt sie nur langsam Anhänger. Die kräftige Unterstützung findet sie, wo die Juden unterdrückt sind. Dafür sorgte der Antisemitismus, durch den das Zusammengehörigkeitsgefühl der Juden mächtig wuchs.“ Vor diesem Antisemitismus gab es weiße, gelbe, schwarze, rote Ju-

Krank durch KZ-Haft

Eine bemerkenswerte Untersuchung in Polen

In Polen wurde kürzlich das Ergebnis einer sieben Jahre währenden Untersuchung des Gesundheitszustandes ehemaliger Häftlinge, verglichen mit dem von Nicht-Häftlingen in ähnlicher Lebenssituation, durchgeführt. Daraus geht eindeutig hervor, daß fast alle Krankheitsarten bei Häftlingen wesentlich häufiger auftreten als bei Menschen in gleicher Lage, die keine Haft mitmachen mußten. Die Untersuchung, die in Niederschlesien an rund 599 ehemaligen Häftlingen durchgeführt wurde, zeigt folgendes Bild: Während bei einer gleich großen Gruppe von Nicht-Häftlingen desselben Alters Kreislauferstörungen in 3,8 Prozent der Fälle auftreten, waren es bei den ehemaligen Häftlingen 38,9 Prozent. Psychoneurosen wurden bei Nicht-Häftlingen in 1,39 Prozent, bei Häftlingen in 34,7 Prozent festgestellt, unter Verdauungsstörungen litten 11,4 Prozent der Nicht-Häftlinge, jedoch 36,3 Prozent der Häftlinge. Erkrankungen des Harnsystems gab es bei 2,6 Prozent der Nicht-Häftlinge und bei 3,3 Prozent der Häftlinge, Erkrankungen der Atemorgane bei 4,0 Prozent der Nicht-Häftlinge und bei 18,8 Prozent der Häftlinge. Die Erkrankungen der Knochen und des Bewegungssystems machten bei den Nicht-Häftlingen 9,9 Prozent, bei den Häftlingen 20 Prozent aus.

Ähnliche Untersuchungen mit ähnlichen Ergebnissen wurden auch in anderen Ländern durchgeführt. Zu der Unter-

suchung in Polen ist festzustellen, daß der kommunistische Staat bis heute die Auszahlung jeglicher Entschädigungen verweigert.

Feier in Annabichl

Am Nationalfeiertag, dem 26. Oktober 1969, fand am Mahmal für die Opfer für ein freies Österreich in der Hauptallee des Zentralfriedhofes Annabichl in Klagenfurt eine Gedenkfeier statt, bei der der Ehrenvorsitzende des Mahmal-Komitees, Altlandeshauptmann Ferdinand Wedenig, Worte des Dankes für die Kämpfer für ein freies Österreich, die im mutigen und opfervollem Einsatz ihr Leben für ihr Vaterland gaben, sprach. Als die Kränze des Landeshauptmanns, des Bürgermeisters und der Opferverbände niedergelegt wurden, blies ein Hornist des Bundesheeres, das am Mahmal die Ehrenwache hielt, das Lied vom guten Kameraden. Für die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten legten Landesverbandsobmann Kriminaloberleutnant i. R. Ferdinand Paganig und Altnationalrat Dr. Gottfried Wunder einen Kranz roten Rosen an der Gedächtnisstätte nieder, ebenso am Grabe ihres im Vorjahr allseits verstorbenen, langjährigen Landesobmanns, Senatsrat Dr. Thomas Weiss.

Hakenkreuzschmierrelei unterbinden!

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs hat sich in ihrer letzten Sitzung mit der Schändung des Mahmals für die Opfer des Nazismus in Graz beschäftigt und in einem Beschluß festgestellt, sie sei zutiefst empört, daß die Pest des Hakenkreuzschmierens aus Anlaß des Jahrestages des 20. Juli 1944 auch auf Österreich übergriffen hat. Die Arbeitsgemeinschaft fordert von allen offiziellen Stellen, daß alles unternommen wird, um die unbeherrschbaren Nazi festzustellen und ihrer Strafe zuzuführen. Es drängt sich der Gedanke auf, daß sie den Saalschutzleuten und Anhängern der NDP in Graz nicht fernstehen. Das österreichische Gesetz bietet Handhabe genug, um dieser Schänder des Andenkens österreichischer Freiheitskämpfer und dieser Feinde eines demokratischen Österreich Herr zu werden.

den. Erst die „Schönerer“ haben die jüdische Nation geschaffen, die rassistisch und politisch seit Untergang des alten Judentums nicht mehr bestand.

Die Schüler Schönerers dürfen mit diesem Erfolg zufrieden sein. Wie Schönerer und Hitler das Zusammengehörigkeitsgefühl, das Nationalbewußtsein auch der Holländer, Dänen, Norweger und Österreicher mächtig gefördert haben, so dürfen auch die Zionisten die „Vorhüter“ zu ihren erfolgreichsten Förderern zählen. Ohne „Schönerer“ kein Theodor Herzl. Eigentlich müßten die Israeliten diesen ihren „Vorkämpfern“ Denkmäler setzen und Straßen nach ihnen benennen. Nach dem Muster macht österreichischer Städte, die bis heute Bismarck-Plätze und -Gassen haben!

Man darf sagen: „Schönerer hat Geschichte gemacht.“ Aber andere als er und Hitler wollten.

D. H.

Robert und Walter Ziegler

Samenhandlung Samenzucht

Hauptgeschäft:

1110 Wien, Simmeringer Hauptstraße 11



schaffler & co

**Fabrik elektrischer Apparate
und elektrischer Zünder**

Wien 15/105,

Sturzgasse 34

DIE ZUCKERFABRIKEN ÖSTERREICHS

BRUCKER ZUCKERFABRIK

Gesellschaft m. b. H.
1041 Wien, Theresienungasse 23

ENNSER ZUCKERFABRIKS-AKTIENGESellschaft

1010 Wien, Heßgasse 6

HOHENAUER ZUCKERFABRIK

der Brüder Strakosch
1037 Wien, Am Heumarkt 13

LEIPNIK-LUNDENBURGER

ZUCKERFABRIKEN AKTIENGESellschaft
1013 Wien, Börsegasse 9

SIEGENDORFER ZUCKERFABRIK

Conrad Patzenhofers Söhne
7012 Siegendorf/Bgld.

TULLNER ZUCKERFABRIK AKTIENGESellschaft

1014 Wien, Schaffergasse 6

Fabrik: 2490 Bruck a. d. Leitha, NO

Fabrik: 4470 Enns, OO

Fabrik: 2273 Hohenau a. d. March, NO

Fabriken: 2263 Dornbrunn, NO, und
2285 Leopoldsdorf im Marchfeld, NO

Fabrik: 7012 Siegendorf, Bgld.

Fabrik: 3430 Tulln, NO

DR. KÖNIG & CO.

KONDENSATORENFABRIK

WIEN 1070, KAISERSTRASSE 46

TELEFON 93 63 94 UND 93 63 95

*Institut B. M. V.
der Englischen Fräulein*

Krems a. d. Donau, Hoher Markt 1

HERDER-APOTHEKE

Mr. Bernreiter & Co.

Erzberggasse 4
1110 Wien
Telefon 72 25 45

ELEKTRIZITÄTSWERK DER STADTGEMEINDE MARIAZELL

„Hotel Rohrbacherhof“

MARIAZELL, Hauptplatz

gegenüber der Basilika

Haus mit allem Komfort

Pension

„Marienheim“

in Mariazell

Mariazell, Pater-Abel-Platz 3

Telefon 25 45

Haus mit allem Komfort

Institut B. M. V. der Englischen Fräulein

ST. PÖLTEN, LINZER STRASSE 11

Öffentliches Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern

Linz, Herrengasse 37

HOTEL POST BAD ISCHL, AUSTRIA

Altes erstes Haus am Platz — jeder Komfort

Telefon 34 41, 34 42, 35 41

Telegramm-Adresse: Posthotel Bad Ischl

Besitzer und Leiter: FAMILIE KOCH

Konvikt Lambach

LANDWIRTSCHAFTSSCHULE
AUFBAUREALGYMNASIUM

STIFT LAMBACH · OBERÖSTERREICH

Kardinal Schwarzenbergsches Öffentliches Krankenhaus

Schwarzach — St. Veit

Göttweiger Kellerstüberl

Stiftweigenbauweine, herrliche Ferasicht in die Wachau, Autoparkplatz

Bestens geeignet für Gesellschaftsreisen und Betriebsausflüge

Karl Eder, Stift Göttweig, Post Furth, NÖ.

Hotel Richard Löwenherz Dürnstein

Direkt an der Donau
in extrem ruhiger Lage

Eigenes
Museumswingut

Telephon 02711/222

DAS FEINBÜRGERLICHE HAUS DER WACHAU

Schiebetruhen, Räder,
Rollen, Möbelgleiter,
Handfahrzeuge, Stapler,
Hubwagen, Stahl- und Leichtmetalleitern

Dr. Hans Kraus

Räder- und Transportgerätefabrik

1040 Wien, Schönbrunner Straße 2
Telefon 57 91 88, 57 37 42

Café-Restaurant »Leopoldsberg«

Kalte und warme Küche
Gepflegte Stiftsweine

Schönste Aussicht auf
Klosterneuburg und Wien
Herrlicher Garten
sowie Spisesäle
Telephon 36 44 39

Besuchen Sie das weltbekannte

Augustiner Braustüberl

KLOSTER MÜLLN

Großer, schöner Garten

Größter Privatparkplatz Salzburgs
Zufahrt Luidhofstraße

Geöffnet: Werktags ab 15 Uhr,
Samstag, Sonntag ab 14.30 Uhr
Telefon 312 46



Stiftung Kuranstalt Badehospiz Badgastein
mit Unterwassertherapie-Station
Das Haus für Minderbemittelte
Günstige Kurpauschale für 25 Tage
Badehospiz Badgastein

Hotel Central

R. & M. Bachbauer

Bad Hofgastein

Haus mit allem Komfort

EISENSTÄDTER BANK

7091 EISENSTADT

Gegründet 1872

Durchführung aller Bankgeschäfte
Entgegennahme von Spargeldern

Mirimi

reg. Gen. m. b. H.

Milchring Niederösterreich Mitte

St. Pölten, NÖ., Kremser Landstraße 5



INSERIEREN IM

„FREIHEITSKÄMPFER“

BRINGT ERFOLG!

Erziehungsanstalt

für schwachbegabte Kinder

Leitung des Pius-Institutes

Bruck a. d. Mur



Baugesellschaft

Dipl.-Ing.

Hermann Lauggas

Ges. m. b. H.

Eisenstadt, Hyrtlplatz 1

Telefon 313

**Kurbetriebe
Bad
Tatzmannsdorf**

**Tatzmannsdorf
Burgenland**

ING. ERICH REIMER

1070 Wien, Sigmundsgasse 16, Telefon 93 5443

Installationsunternehmen für
Heizungen, Rohrleitungsbau,
Ölfeuerungs-, Gas- und Wasseranlagenbau

W. Schreiber & Co.

ÖSTERR. LEDER UND GUMMI K. G.

Wien VII, Mariahilfer Straße 112

Telephon 931715, 931716, 932731

Pfizer

CORPORATION AUSTRIA

GES. M. B. H.

WIEN 7, MONDSCHINGASSE 16

TELEFON 93 95 21 SERIE

Wien 1954



... für viele
die beste

